

# Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 5 Mark.

Schriftleitung: Düsseldorf 100, Tannenstr. 33. Fernruf 4423, Teleg.: Textilverband Düsseldorf.

Verlag Heinrich Jähnchen, Düsseldorf 100, Tannenstraße 33.  
Druck und Vertrieb Jöd. von Henn,  
Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65.  
Fernruf: 4692.

## Ein treuer Freund

ist ein starkes Wallwerk und ein königliches Schloss mit Gräben und Wall befestigt. Ein treuer Freund ist ein lebendiger Schatz; er ist mehr wert als eine Masse von Gold und Edelsteinen. Ein treuer Freund ist ein Hafen, in dem man Ruhe und Sicherheit findet. Ein treuer Freund, dem nichts verglichen oder vorgezogen werden kann,

ist Deine christl. Berufsorganisation.

## Ein Stundenverdienst als Wochenbeitrag.

Das Beitragzahlen ist für manche Mitglieder so unangenehm wie für viele Menschen das Zahnen von Steuern. Es geht nun aber einmal nicht ohne dieses. Einmal schon nicht wegen der andauernden Geldentwertung und der damit zusammenhängenden Steigerung der Preise für alle Materialien, die der Verband braucht. Dann macht aber auch die klare Einsicht in die Notwendigkeit einer entsprechenden Steigerung des Verbandsvermögens die Erhebung eines zeitgemäßen Verbandsbeitrages erforderlich.

Die Leitung eines Verbandes darf sich nicht durch etwa vorhandene Gesinnungsstörungen innerhalb der Mitgliederkreise beeinflussen lassen hinsichtlich der Maßnahmen, die zu allererst im Interesse der Mitglieder auch auf dem Gebiete des Beitragswesens getroffen werden müssen. Wiederholt müssten die Beiträge entsprechend der allgemeinen Steuerung in den letzten Jahren erhöht werden. Trotz der ebenfalls gestiegenen Verdienste dauerte es immer sehr geruime Zeit, bis die Mitglieder die beschlossenen neuen Beiträge auch wirklich entrichteten. In Zukunft muss gleich nach Abschluss einer jeden Lohnbewegung auch eine dementsprechende Neufestsetzung der Beitragshöhe erfolgen. Es muss strikt darauf gejehen werden, dass in allen Verbandsbezirken und von allen Verbandsmitgliedern den hier einschlägigen statutarischen Bestimmungen voll und ganz Rechnung getragen wird. Absatz 1 des Paragraphen 26 unserer Verbandsstatuten bestimmt ausdrücklich:

„Die Höhe des Wochenbeitrages soll sich dem verdienten, bzw. tarifmäßig festgesetzten Stundenlohn anpassen.“

Die Notwendigkeit dieser Maßnahmen bedingen hauptsächlich die beiden Faktoren Geldentwertung und Preissteigerung. Was hierüber die „Lobalarbeiter-Zeitung“, das Organ unseres christlichen Lobalarbeiterverbandes schreibt, gilt auch für die Verhältnisse unsers Verbandes und verdient darum hier wiedergegeben zu werden. Zunächst die Geldentwertung.

Im Dezember vorigen Jahres kostete an der Berliner Börse ein Dollar zwischen 180 bis 190 M. Am 27. März d.s. Jz. kostete er nicht ganz 340 M. Am 2. Mai kostete er rund 304 M. In diesen Zahlen, die in der Zeit von Mitte Dezember 1921 bis Anfang Mai ds. Jz. allerdings hin und her geschwankt haben, kommt eine ganz bedeutende Steigerung des Wertes des Dollars und ein ebenso großes Sinken des Wertes des Mark zum Ausdruck. Kommen wir Mitte Dezember noch für 180 bis 190 M. einen Dollar kaufen (vor dem Kriege kostete man für rund 4,50 M. einen Dollar), so müssen wir am 2. Mai für einen Dollar nicht weniger als rund 304 M. zahlen. Das bedeutet eine Mehrausgabe an Mark für einen Dollar von 114 bis 124 M. oder 37,6 bis 40,8 Prozent. Über ein anderes Beispiel. In New York wurden vor dem Kriege für 100 Mark 23,82 Dollar bezahlt. Im Durchschnitt des Monats Dezember 1921 erhält man aber nur mehr 0,54 Dollar und am 13. April nur mehr 0,54 Dollar für 100 M. Auch an diesem Beispiel sehen wir die ganz bedeutende Entwertung unsers Geldes seit Anfang des laufenden Jahres. Wie

es hinsichtlich des Wertverhältnisses unserer Mark zum Dollar steht, steht es mehr oder minder auch hinsichtlich des Verhältnisses unseres Markwertes zu dem Gelde aller anderen Länder, abgesehen von den Ost- und Südstaaten Europas. Die Folgerung, die aus dieser Tatfrage zu ziehen ist, lautet: da unser deutsches Geld allgemein im Werte bedeutend gesunken ist, ist auch unser Verbandsvermögen im Werte gesunken, wenn es sich zahlenmäßig auf gehoben hat.

Der gesunkenen Wert des Verbandsvermögens bedeutet aber nichts anderes als eine wesentliche Schwächung der Macht der Gewerkschaften bei Wahrnehmung der Interessen der Arbeiterschaft.

Mit der steigenden Entwicklung des Seides Hand in Hand geht naturgemäß eine Steigerung der Preise. Und so beobachten wir auch ein andauerndes Steigen der Preise aller Materialien, die der Verband notwendig hat, um seine gewerkschaftliche Tätigkeit zu entfalten. Wir wollen nur einen Artikel herausgreifen, die Preise für Papier. Wir fassen dabei nur das Papier ins Auge, welches wir für unser Verbandsorgan benötigen. Der Preis für Papier dieser Art stieg sich im Januar 1914 auf 0,22; im Januar 1919 auf 1,20; im Januar 1920 auf 1,90; im Dezember 1920 auf 3,05; im Juli 1921 auf 3,40; im Januar 1922 auf 7,05 und im Monat April auf 13,— Mark pro Kilogramm. Dabei ist ein Ende der Steigerung noch gar nicht abzusehen. Wir sehen hier also, dass seit Januar ds. Jz. der Papierpreis allein um 5,95 M. oder rund 45,7 Prozent gestiegen ist. Die Preissteigerungen für die anderen Verbandsmaterialien bewegen sich in ähnlicher Höhe. Es ist auch nicht möglich, hier Einsparungen vorzunehmen. Eine Einschränkung unseres Verbandsorgans im Umfang oder in derrscheinungsweise, um Kosten zu sparen, geht nicht an. Das Verbandsorgan ist neben der Eigenschaft als Orientierungssymbol zugleich das wichtigste Bildungsmittel unseres Verbandes. Da aber die Bildungsfragen für uns fast ebenso wichtig sind, als die Fragen der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, so kann es hinsichtlich des Umfangs und der Erscheinungsweise unseres Verbandsorgans keine Einschränkungen geben, sofern nicht, wie gegenwärtig, in der Papierbeschaffung unüberwindliche Hindernisse entgegenstehen. Hinsichtlich des Verbandsorgans kann es keinen Rückschritt, sondern nur einen Fortschritt geben.

Neben der Geldentwertung und Preissteigerung zwingt uns aber auch

### gewerkschaftliche Einsicht und Weitsicht

zu einer erneuten Stellungnahme. Eine mehr als zwanzigjährige Erfahrung bei unserer Verbandstätigkeit hat gezeigt, dass erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit nur zu leisten und dauernd festzuhalten ist, wenn neben einer möglichst großen Mitgliederzahl der Verband auch finanziell möglichst stark dasteht. Diese Tatsache ist unsern Arbeitgebern genau so bekannt als uns, und wenn sie den Wünschen der Arbeiterschaft in der Vergangenheit nicht mehr, als geschehen, Rechnung getragen haben, so liegt ein Grund hierzu darin, dass sie die mangelhafte finanzielle Rüstung der Verbände genügend kannten. Soll aber ein solcher Zustand dauernd bestehen bleiben? Es wäre ein Zeichen grenzenloser gewerkschaftlicher Einsichtlosigkeit und mangelnder gewerkschaftlicher Weitsicht, wenn man diese Frage bejahen würde. Dann könnte man die gewerkschaftliche Zukunftsarbeit an den Nagel und die Organisation nur noch als reine Unterstützungsstufe (Frankenkasse, Sterbekasse usw.) betrachten. Darauf aber können und müssen wir als christlich organisierte Arbeiterschaft nicht denken. Unbedingt aller Einsichtlosigkeit und Kurzsichtigkeit, die hier oder da vorhanden ist, an deren Bekämpfung wir unablässlig arbeiten müssen, werden wir zwangsläufig bestimmt, die Frage des Beitragswesens zu erörtern. Das bringt die gewerkschaftliche Einsicht mit sich, über die wir auf Grund einer mehr als zwanzigjährigen Erfahrung verfügen. Aber auch der Ausblick auf die zu leistenden Aufgaben der Zukunft, der Wille, diese Zukunftsaufgaben zu lösen, die Bereitschaft, dafür auch die erforderlichen Opfer, auch im Beitrügen, zu bringen, zwingt uns, immer wieder darauf hinzuweisen, dass die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse einen Stundenverdienst als Beitrag entrichten müssen.

Endlich wird unsere Haltung bestimmt durch Vorgänge im Arbeitgeberlager.

gerade in letzter Zeit. Dass man dort auch am Rüsten ist, ist uns nicht unbekannt, vom Standpunkt der Arbeitgeber ja auch verständlich.

Die Vorgänge im Arbeitgeberlager bedeuten für die Gesamtarbeiterchaft eine ernste Warnung. Auch für unseren Verband und für unsere Verbandsmitglieder. Spielen wir keine Vogelstraßenpolitik! Es könnte sonst für uns Arbeitnehmer ein recht unangenehmes Erwachen geben. Die Mitglieder müssen, wenn es noch Zeit ist, durch die Tat beweisen, dass sie die Wirklichkeit sehen und auch gewillt sind, derselben Stechnung zu trotzen. Darum ist es unbedingt notwendig, dass jedes Mitglied mit Sorgfalt prüfe, ob es auch in die Beitragsklasse hineinzahlt, die im richtigen Verhältnis zu seinem wirklichen Stundenlohn steht. Ein weitreichendes Verbandsmitglied zahlt aber schon in seinem eigenen Interesse freiwillig in eine höhere Beitragsklasse, weil es dann auch dementsprechend höhere Unterstellungen erhält. Für wirklich überzeugte Gewerkschaftler kann und darf fernerhin nur der Grundsatz gelten:

**Ein Stundenlohn als Verbandsbeitrag!**

## Der Berufsgedanke in Gewerkschaft und Volkswirtschaft

Gelegentlich der XII. Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Kaufarbeiter sprach Dr. Theodor Brauer Köln in gedanklich und formell hervorragender Weise über das obengenannte Thema. Wir geben nachfolgend einen kurzen Auszug aus dem Bericht über die Rede.

Zwei Gewerkschaftsanschauungen kämpfen miteinander um die Herrschaft. Die eine, die in Klasse kampf-a-d-a-n-n-e-degründet ist, und die andere, die ihre Grundlage in dem Berufsgedanken erblickt. Für die christlichen Gewerkschaftler kommt nur die Einstellung auf den Berufsgedanken in Frage.

Zunächst handelt es sich darum, über die technischen oder sachlichen Seiten des Berufsgedankens volle Klarheit zu verbreiten. Im allgemeinen gesteht man den Handwerkern und vielleicht auch noch den gelernten Meistern die Möglichkeit des Berufsgefühls zu. Es kommt aber darauf an, zu erkennen, dass die moderne Arbeitsteilung und Spezialisierung an sich dem Berufsgefühl nicht im Wege steht. Nicht die objektive Anforderung des Arbeitsprozesses ist maßgebend für die Möglichkeit des beruflichen Empfindens. Dieses baut vielmehr auf der persönlichen Hingabe des Arbeiters an seine Tätigkeit auf. Dass er etwas gilt und sich selber für etwas halten kann, daraus entsteht das Gewisssein für den Arbeiter, dass er „berufen“ ist. An dieser Grundlage des Berufsempfindens können auch die weiterstehende Arbeitsteilung und der Kapitalismus als solche nicht rütteln. Man muss nur den Menschen außerhalb der Lehrmeinungen sprechen lassen. Beobachtungen unter den Schülern der Fortbildungsschulen haben das bestätigt, selbst auch für den ungelernten Arbeiter. Der Redner wandte sich dabei gegen die Überbreitung einer fiktiven Einführung. Zugleich untersuchte er die Einstellung der dem heutigen Menschen mehr wie dem früheren eigentümlichen „Neuengesetz“ auf Beruf und Berufsempfinden; er geht dabei von der Tatsache aus, dass auch die mittelalterliche Kunst zugleich den Schatz des „Mystizismus“ des Berufs und den Schatz der Nahrung erstrebte. Er untersucht dann ferner die Wirkung, die die Laien- und Arbeitsgemeinschaft auf die Erneuerung der Berugsgemeinschaft haben könnte und hätte. Aus all dem leitete Redner in ausführlicher Erörterung die Möglichkeit des Berufsgefühls auch in der heutigen arbeitsattigen Wirtschaft her, wenn man sich nur dazu verstellen würde, nicht veraltete Massstäbe anzulegen. Zugleich wies er auf den Fortschritt hin, der ohne Zweifel für das Wiedererwachen des Berufsgefühls dadurch gegeben ist, dass in den Berufsseiten der Arbeiter nicht nur zum Migraten, sondern auch zum Migraten herangezogen wird. Das gemeinsame Tun der Verantwortung wirkt gemeinschaftsbildend.

Mindessens so wichtig aber wie die sachlichen oder technischen Seiten der Berufsideen ist ihre sittliche Seite. In längeren Untersuchungen beweist der Redner, dass man aus den Schwierigkeiten der modernen, mechanisierten Zeit lediglich Endes nur herauskomme, wenn sich der Mensch in seiner Arbeitstätigkeit einer höheren Macht verantwortlich fühlt. Der Grundgedanke dieser Seite des Berufsmotivs lässt sich in den Worten zusammenfassen: „Glaube, was du gefügt bist“. Von diesem Gedanken aus erläutert Redner die heitere Mission, die der christlichen Arbeiter- und Gewerkschaftsarbeit obliegt. Der Berufsgedanke in seiner Doppelgestalt gibt ihr geradezu das Schicksal unseres Volkes in die Hand. Auch der Staat kann nur auf dieser Grundlage wieder hochkommen, da nur in diesem doppelseitigen Gewerkschaften festverankerter Staatsvolk auch die Grund-

# Die kommenden schweren Wirtschaftskämpfe

können von den Gewerkschaften nur dann erfolgreich bestanden werden, wenn diese rechtzeitig ihre finanzielle Kraft stärken. Für jedes Verbandsmitglied muß darum die Parole lauten: Einen Stand und lohn als Wochenbeitrag für den Verband.

lage für einen starken Stand sein kann. Sodann muß die gewerkschaftliche Solidarität zu allererst sich in der Berufssiede des Arbeiters verfestigen und verleben. Volksgemeinschaft kann nur werden, wenn die Gemeinschaft lebt wird. Das aber kann außer in der Familiengemeinschaft nur in der Berufsgemeinschaft schaft zur Tat werden.

In dem eindringlichen Appell an die Führer der christlichen Gewerkschaften, in ihren eigenen Lebenskreisen solche Gemeinschaft den ihnen anvertrauten Scharen vorzuleben, klärten die Aussführungen des Redners aus, die stürmischen Beifall fanden.

## Kritisches zur gleitenden Lohnskala.

Die sich in den letzten Wochen überstürzenden Lohn- und Preisrevolutionen haben die Frage der gleitenden Lohnskala wieder aktiv werden lassen. Die verschiedenen Vorschläge sind gemacht worden, die "sichere" und "zuverlässige" Unterlagen für gleitende Lohn- und Gehaltsregelungen nach den Schwankungen der Lebenshaltungskosten vermittelten wollen. Auch bei den Lohn- und Gehaltsempfängern selbst hat die bis heute programmatic auf jede Leuerungswelle einsetzende Lohn- und Gehaltsverhöhung weiterhin die Meinung verbreitet, daß es doch möglich sein müsse, die Lohnhöhe in vollem Ausmaß einer jedesmaligen Leuerung in Form einer gleitenden automatischen Lohnbewegung zu regulieren, mit anderen Worten, wie die gleiche Kaufkraft des Lohnes zu gewährleisten. Es scheint an der Zeit zu ein, einmal darauf hinzuweisen, daß es nicht möglich ist, die Lohn- und Gehaltsempfänger von allen Härten, die die Preisrevolutionen mit sich bringen, zu befreien, daß diese kein Hilfsmittel gibt, um eine gleitende Lohnskala im idealsten Sinne aufzustellen, die stets in gleich sicherer Weise die ungeschmälerte Kaufkraft des Lohnes gewährleistet.

Dass die Löhne und Gehälter bei weiteren Leuerungen aufgebessert werden müssen, besteht heute keiner. Denn das Einigkeit für die Arbeitsleistung hält sich heute vornehmlich in der Grenze des Lebensnotwendigen, desjenigen, was von der heutigen Sozialanpassung für einen in unserer Kulturgemeinschaft lebendem Menschen als notwendig anerkannt wird. Die Frage, die bei der gleitenden Lohnskala interessiert, lautet nun: Gibt es eine Methode, mit deren Hilfe die stets gleiche Kaufkraft des Lohnes erhalten werden kann?

Um eine gleitende Lohnskala nach den veränderten Kosten der Lebenshaltung aufzustellen zu können, ist eine Messung der Leuerung notwendig oder — was dasselbe ist und nur die Rechte Seite der Medaille darstellt — eine Messung der Schwankungen der Kaufkraft des Geldes. Es kommt also auf eine Methode an, die das neue Element der Leuerung bezügl. die veränderte Kaufkraft des Geldes feststellt. Gibt es heute eine solche Methode? Der Methoden, die die Leuerung messen wollen, gibt es reich viele. Sie sind fast alle auf das System der Indexziffern abgestellt. (Indexziffern sind Maßziffern, die durch periodisches Zusammensetzen von Preistreihen entstehen.) Aber keine Methode kann von sich behaupten, daß sie stets in früherer Weise das volle Ausmaß einer jedesmaligen Leuerung anzeigen könnte. Auch in Zukunft wird es eine solche Methode nicht geben, da es heute feststeht, daß eine vollkommen exakte Ermittlung der Kaufkraft des Geldes und des Ausmaßes einer Leuerung nicht möglich ist. Das erste Erfordernis also, um

eine gleitende Lohnskala aufzustellen zu können, die in vollem Ausmaß mit der Leuerung Schritt hält, kann nicht erfüllt werden.

Aber selbst wenn eine solch exakte Ermittlung heute vorgenommen werden könnte, sie allein würde nicht genügen, um eine gleitende Lohnskala in dem oben dargelegten idealen Sinne möglich zu machen. Denn die Festlegung auf eine solch automatische Lohnregulierung läßt das dauernde Einverständnis von Arbeitgebern und -nehmern mit dem einmal als erforderlich angesehenen Reallohn in sich. Ein solches Einverständnis läßt sich aber heute aus der tatsächlichen Einstellung der Beteiligten gegenüber dem Lohnproblem noch nicht konstruieren. Der Arbeiterschaft kommt es darauf an, einen möglichst hoch bemessenen Anteil am Ertrag der nationalen Produktion zu erringen, während der Unternehmer in seiner Aussöhnung des Lohnes als Produktionskosten diesen ebenso möglichst niedrig zu gestalten sucht, wie die anderen Produktionskosten, um seinen Unternehmensgewinn zu erhöhen und das Unternehmen rentabler zu machen. Ob sie alle diesjenigen, die heute so optimistisch von gleitenden Lohnskalen reden, über die tatsächliche Haltung der Lohnempfänger und -zahler klar sind? Wir bezweifeln es. Bei richtiger Prognose kann man nicht so optimistisch sein. Vor allem die Lohnempfänger mögen es sich gesagt lassen, daß das Warten auf den geeigneten Moment, um den Reallohn zu erhöhen, mit dem Erfordernis der gleitenden Lohnskala nicht in Einklang zu bringen ist und darum auch ihre Forderung nach automatisch gleitenden Löhnen nicht verwirklicht werden kann. Gleitende Lohnskalen nach den veränderten Kosten der Lebenshaltung werden illusorisch, wenn des ihnen zu Grunde gelegte „Lebensnotwendige“ nur für Augenblicke gelten soll.

Es sind demnach keine gleitenden Lohnskalen in idealstem Sinne möglich, die den Verbraucher, weil sie automatisch jede kleinste Auswirkung der Leuerung aufzuhalten, vor allen Härten der Preisrevolutionen bewahren würden. Darin zeigt sich ja gerade der Krankheitszustand unserer Wirtschaft, zeigen sich die Folgen der übermäßigen Leistungen während des Krieges und die des verlorenen Krieges, daß wir unserem Volke nicht mehr daselbst sorglose Leben wie vor dem Kriege bieten können. Dass natürlich danach gestrebt werden muß, die Leuerungen in ihren Auswirkungen möglichst abzuwenden, dadurch, daß man Lohn- und Gehaltsverhöhung vornimmt, ist selbstverständlich. Es fragt sich jetzt nur, in welchem Ausmaß diese hindernde Leuerungspolitik möglich ist und welche Voraussetzungen erfüllt werden müssen.

Gehörgen betrug am Jahresende 2 652 848 M. In Untersuchungen wurden im Berichtsjahr allein fast zwei Millionen Mark verausgabt. Im Berichtsjahr wurden für Tausende der Mitglieder geregelte Arbeitsverhältnisse neu geschaffen und für alle Mitglieder zu wiederholten Malen erfolgreiche Lohnbewegungen durchgeführt.

## Ein Gesetz über Lohnstatistik.

Dem Reichstag ist vom Reichswirtschaftsminister ein Gesetzentwurf zugegangen, wonach die Reichsregierung ermächtigt werden soll, mit Zustimmung des Reichsrats Erhebungen über die Lohn- und Gehaltsverhältnisse der Arbeiter und Angestellten anzuordnen; vor dem Erlaß der Anordnung soll der zuständige Ausschuß des Reichswirtschaftsrats gehört werden. Auf Vorschlag des Reichswirtschaftsrats will die Reichsregierung einen Lohnstatistischen Beirat errichten, der insbesondere bei der Aufstellung der Erhebungsmuster hinzuzuziehen sein wird. Den Ländern durch das Gesetz erwachsende Kosten will das Reich tragen. Zuwiderhandlungen gegen die auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Bestimmungen sollen mit Geldstrafen bis zu 100 000 M. bestraft werden. In der dem Gesetz beigegebenen Begründung geht die Reichsregierung von dem Gesichtspunkt aus, daß staatliche Erhebungen der Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten die unentbehrlichste Grundlage zur Beurteilung der tatsächlichen Zustände auf diesem Gebiet seien und in Verbindung mit Erhebungen über die Lebenshaltungskosten die dringend notwendigen Unterlagen für eine gesunde Lohn- und Gehaltspolitik liefern. Aus diesem Grunde will die Reichsregierung ein Rahmengesetz schaffen, durch das alle ferneren Lohnberhebungen sichergestellt werden, zumal auch deshalb, weil die Erhebungen regelmäßig vorgenommen werden. Zunächst ist beachtigt, nach Beabsichtigung des Gesetzes mit monatlich wiederholten Erhebungen kleineren Umfangs in Gewerbezweigen mit einfach gelagerten Lohnverhältnissen zu beginnen. Auf Grund der hier gewonnenen Erfahrungen soll dann allmählich dieser als Dienst in Aussicht genommene Dienst weiter ausgebaut werden. In größeren Abständen sollen auch umfassendere Erhebungen über die Lohn- und Gehaltsverhältnisse der Arbeiter und Angestellten stattfinden; diese werden sich auf alle von den Reichsarbeitsgemeinschaften vertretenen Gewerbebranchen und alle Gegenden des Reichs zu erstrecken haben. Doch will man sich aus Gründen der Sparjunkte und der schnelleren Ausarbeitungsmöglichkeit auch hier auf die typischen Betriebe beschränken.

## Ein Versuch zur Feststellung der Lebenshaltungskosten.

Mit dem 1. April unternahm Gelsenkirchen als erste unter den deutschen Städten selbständig den Versuch, auf der Grundlage von Haushaltungsbüchern eine möglichst einwandfreie Berechnung des sogenannten Existenzminimums aufzustellen. Die Haushaltungsbücher werden geübt von 30 Arbeiter- und Beamtenfamilien, die von den Mitgliedern des durch Stadtverordnetenbeschluss vom 6. September 1921 eingesetzten Ausschusses zur Feststellung des Existenzminimums gewonnen worden sind. In 31 verschiedenen Spalten werden die vorkommenden Ausgaben täglich nach Art, Menge und Preis eingetragen. Die Zusammenstellung und weitere Auswertung des so erhaltenen Materials erfolgt im

## Allgemeine Rundschau.

veröffentlicht, soeben seine Abrechnung für das Jahr 1921. Die Gewöhnslage im Holzgewerbe war in diesem Jahre im allgemeinen sehr ungünstig, was in Betriebs einschränkungen, Stilllegungen sowie in der Einführung von Kurzarbeitszeit vielfach zum Ausdruck kam. Der Zentralverband christlicher Holzarbeiter konnte trotzdem seine Mitgliederzahl noch erhöhen, und zwar von 38 512 am Schlusse des Jahres 1920 auf 41 251 am Schlusse des vorjährigen Jahres. Diese Mitglieder verteilen sich auf 610 Betriebstellen gegen 572 am Schlusse des vorhergegangenen Jahres. Am Einnahmen hatte der Verband im Berichtsjahr 6 519 633 M., denen Ausgaben in Höhe von 5 153 799 M. gegenüberstanden. Das

## Vor 25 Jahren.

Zur einem verdienstvollen Pionier unserer christlichen Arbeiterbewegung erhielten mit nachfolgend abgedruckten recht wertvollen Beitrag zur Geschichte unserer christlichen Textilarbeiterbewegung. Er gewährt einen interessanten Einblick in die wunderolle, aber auch von einem hohen Idealismus getragene Gründungszeit unserer Bewegung, wenn es die Beobachtung besonders aller jüngeren Mitglieder finden sollte.

Der christliche Textilarbeiterverband in Lande Sauerland wurde in Trondem die jetzige Zeitlage zu Jubiläumseidern sehr wenig eignet, soll doch an dieser Stelle der Verbandsgründung von damals freudig gedacht und dem heutigen Textilarbeiterverband, als der ersten gewerkschaftlichen und christlichen Zentralorganisation in Deutschland, seine Anerkennung und seinen Gründern ein Blatt der Erinnerung gewidmet werden. Die Abhandlung mit Angaben über die heutigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse, über die sozialistische Haltung der Sozialdemokraten wie der Unternehmer sind bei jüngeres Kulturbild aus dieser Sicht; sie zählen den jüngeren im Verbande aber den von den Alten erklungenen sozialen Fortschritt von heute.

Der eigentliche Gründer des heutigen Textilarbeiterverbandes ist der heute noch in der christlichen Gewerkschaftsleitung und im Reichstag sitzende Schirmer, als gelernter Schlosser, mehr 22 Jahre im Service, dann Arbeitersekretär und Redakteur. Durch seine 1892 in Kempten im Namen eines sozialistischen Sozialpolitikers und für die Durchführung des christlichen Gewerkschaftsdenkmars, in er im Lande Sauerland im Kreise anderer auch durch seine Kämpfe mit der marxistischen Sozialbewegung der Arbeiterschaft bekannt geworden. Durch die entzündlichen Reden der sozialdemokratischen Sozialisten und deren antikirchliche Propaganda für die sozialistische Siedlung angesichts hoher christlich geprägter Textilarbeiter dem bezeichneten Kampf beigelegt, eine eigene Textilarbeiterorganisation zu gründen, in welcher die ideellen und materiellen Interessen der christlichen Arbeiterschaft vertreten werden sollten. Schirmer, der früher schon eine größere Anzahl Arbeitervereine und Fachverbände für die berüchtigten Betriebe und Fabrikationen für die Bergbauindustrie einsetzte, fand mit den ersten Jahren sehr bald, daß die Verhältnisse einsetzen, sondern auch die Verhältnisse einsetzen, weil der Kämpfer stand, der eine Funktion übernommen hatte. Der Fabrikant war damals noch sehr groß und trat des in der Reichsgewerbeordnung auch die Arbeitern garantierten Rechtsprechung waren diese

Aber, aller Anfang ist schwer! Fast überall setzten sich der Einführung der Organisation viele wenn und über, große Schwierigkeiten entgegen. In einem 1897 geäußerten Briefe aus einem Städtchen Mittelfrankens ist gezeigt: Ihre Bemühungen um Beseitigung der Arbeiternot schaue ich hoch; aber die Einführung des Textilarbeiterverbandes hier wird nicht möglich sein. Bei den evang. Arbeitern herrsche ein gewisses Misstrauen dagegen, die kath. Arbeitere über juw gering an Zahl. Wenn diese sich anschliefen würden, würden sie von dem hier sehr einflussreichen Fabrikanten 3 (Fabrikant) einzufangen.

Der Bader Jos. Lecher, Bergkamen bei Sonnenhofen im Allgäu, der bei der Gründung mitwirkte, schreibt: Die Sache geht nicht so leicht. Das Volk da herum ist so misstrauisch. Die einen meinen, es sei eine Lumperei, die anderen haben Angst. In der Fabrik Bachmann kommen wir schwer vorwärts. Ich muß ganz langsam tun, sonst liegt man mich gleich zu im Zeisel. Zur Werbung nach Hadelberg und Niederdorf muß Kollege Höhle, weil er viele dort kennt. Du wirst in Sonnenhofen bald eine Verbindung halten und ich glaube, daß eine solche am meisten Anziehungs Kraft hat.

Ein Wevermeister in Bamberg schilderte die Lage dort als verwickelt. Weitere und pensionsberechtigte Arbeiter würden an die Lust gesetzt, wenn der Direktion bekannt würde, daß sie dem Verband angehören. 78% der Arbeiter sind weiblich und unter den männlichen Arbeitern sind viele ländliche, die für eine Organisation noch keine Gelegenheit haben.

Auch polizeiliche und andere Söhnen waren zu überwinden. Da Kettner verlangte der Beigeordnete die rechtmäßige Einholung einer Verhandlungserlaubnis, gab es dann eine kurze Diskussion in höherer Form. Es wird den Arbeitern des Fabrikortes Köttern und Umgebung die ortspolizeiliche Bewilligung erteilt, behufs Gründung eines Textilarbeitervereins eine Versammlung heute zwischen 2 Uhr im Gasthaus zum schwarzen Adler in Köttern abhalten zu dürfen.

Im Bereichskreis von den Liberalen beherrschten Kemper und sich keine Firma, die bis zum Druck von Verhandlungsaufnahmen hergegeben hätte. Bei der Verteilung der damals besagten Verhandlungsaufnahmen durch einen Beauftragten, erhielt Schirmer von Kemper das zweitbeste Dokument, die er begehrte. In vielen Fällen machte Schirmer nicht nur die Verhandlungen einsetzen, sondern auch als Vermittler und Revisor fungieren, weil ja keiner stand, der eine Funktion übernommen hätte. Der Fabrikant war damals noch sehr groß und trat des in der Reichsgewerbeordnung auch die Arbeitern garantierten Rechtsprechung waren diese

ausgesetzt. Allein die Einberufung einer Versammlung kostete einem Arbeiter Stelle und Brot kosten. Der Textilarbeiter Georg Engelsfelder in Forchheim mußte das erleben. Als er sich an die Spitze des christlichen Textilarbeiterverbandes stellte, wurde er von seinem Arbeitgeber, dem er 12 Jahre lang bei niedrigem Lohn treu gedient hatte, einfach aus der Fabrik hinausgeworfen. Es war der erste Gewaltakt, der unterstützt werden musste.

In seinem Jahresbericht von 1895 schrieb der badische Fabrikinspektor Dr. Mörisch: „Sozial die nicht sozialdemokratischen Arbeitervereine den praktischen Fragen des Arbeitersiedens näher treten, so werden sie von den Arbeitgebern in derselben Weise beurteilt und ihnen eine ebenso ungünstige Meinung entgegengebracht, wie den anderen.“ (In dieser Hinricht hat sich bedauerlicherweise mancherorts bis auf den heutigen Tag nicht viel geändert. Die Schriftsteller teilen der Fabrikinspektor von Augsburg Ähnliches aus seinen Erfahrungen mit. Das war eine Müdigkeit sondergleicher von vielen Arbeitgebern. Sie machen den großen Fehler, jede auch die legitime Interessenvertretung und deren Kämpfer zu bekämpfen und zu achten. Damit ist eine allgemeine starke Erweiterung hervorgerufen und der revolutionären Bewegung der Boden bereitet worden.

Das ehemals liberale Fabrikantentum hatte nur das eigene Interesse im Auge. Die liberale Presse unterstützte sie dabei und machte scharf gegen die Arbeiter- und Angestelltenbewegung. Als der katholische Textilarbeiterverband gegründet werden sollte, vertrieb die „Münchener Zeitung“ vom 2. Okt. 1897 darauf und auch die Organisation des „Schlossers Schirmer“ als eine Gründung des Zentrums und der „Klerikalen“ zu denunzieren. Die Fabrikanten wurden aufgefordert, gegen den Verband Front zu machen. Diese Zeitung begrüßte es auch, daß in den Gründungsversammlungen Mitglieder der „Hirschgruppe“ und sozialdemokratischen Firmen den Christlichen scharrt entgegneten. Die Gründungsversammlungen waren infolge dieser Hege von rechts und links oft wahre Radauversammlungen. Das Hauptorgan der Sozialdemokratie in Bayern, die „Münchner Post“, hat dazu ihr gut Teil beigetragen, ebenso der „Textilarbeiter“ des roten Verbandes. Dieses Organ fürstet in seiner Nummer vom 17. Sept. 1897: „Leider sind wir nicht imstande, die Bildung eines „ultramontanen“ Textilarbeiterverbandes ... zu verhindern, müssen aber dennoch die denkbarsten und energievollen Elemente der modernen Arbeiterbewegung ersuchen, ihren ganzen Einfluß auszuüben und jeder wirtschaftlich nicht gerade notwendigen Stärkung jenes geplanten Heiliges religiös-reaktionäres Bestimmung mit Nachdruck entgegenzutreten.“

(Schluß folgt)

# Löhnerhöhungen will die Textilarbeiterföderation

und das mit vollem Recht. Darum müssen wir aber auch den Willen haben, entsprechende Beiträge zu entrichten. Nur dadurch kann die Aktionskraft des Verbandes gestärkt werden. Jedes Verbandsmitglied zahlt einen Wochenbeitrag, der einem Durchschnittsmonat entspricht.

gänglichen Statistischen Amt. Diesem werden die Haushaltungsbücher durch Vermittlung der Ausschusmitglieder monatlich zugestellt, und zwar so, daß die Namen der betreffenden Familien der Stadtverwaltung unbekannt bleiben. Man hofft, auf diese Weise ein genaueres Bild der Preisschwankungen und der wirklichen Bedürfnisse der Arbeiter- und Beamtenfamilien zu erhalten, als es die bisherigen derartigen Versuche ergaben. Wohl wurden vor dem Kriege auf Veranlassung des Statistischen Reichsamts Berlin in einer beschränkten Zahl deutscher Städte in ähnlicher Weise Haushaltungsbücher geführt; aber aus der Nachkriegszeit kennt man nur Versuche, die auf Grund von mehr oder weniger vollständig angefertigten Bedarfsmengen einer geplanten Familie das jeweilige Existenzminimum berechnen wollen.

## Der „Siegeslauf des Marxismus“

ist bekanntlich, wenn man jeden beliebigen Dihendgenossen hört, nicht aufzuhalten. Wie dieser unaufhaltbare Siegeslauf in Wirklichkeit aussieht, das plaudert nach dem Redaktionswechsel der bisherige Redakteur der „Freiheit“, Eugen Proigner, in der von Rudolf Breitscheid herausgegebenen Wochenschrift „Der Sozialist“ also aus:

„Die deutsche Arbeiterbewegung ist krank. Eine tiefe Verdrossenheit geht durch alle ihre Kreise, die rechte und linke Freude an der Parteiarbeit ist nur noch selten anzutreffen. . . . Die Arbeiterklasse verzehrt ihre besten Kräfte im Kampf gegen sich selbst: eine Partei sucht der andern immer den Rang abzulaufen, und im Grunde genommen, verlieren sie alle zusammengekommen das Spiel. Ein Beispiel für viele: „In Berlin hatte der „Vorwärts“ vor dem Kriege mehr Abonnenten, als heute „Vorwärts“, Rote Fahne“ und „Freiheit“ zusammengekommen. Die dreifache Zahl der Redakteure bemüht sich jetzt um einen geringeren Kreis der Arbeiterleser wie früher. Ebenso in den Organisationen: die gleiche Arbeit wird von mindestens drei Leuten geleistet, von denen jeder die allein echte Heilsbotschaft bringt. Der Erfolg ist der, daß die bürgerliche Presse ununterbrochen an Lesern aus Arbeiterkreisen zunimmt, daß die Zahl der politisch Organisierten immer geringer wird.“

Es ist also etwas bedenklich faul im Staate Dänemark. Der Partiekampf der roten Brüder verektelt eben auf die Dauer jedem noch denkenden roten Arbeiter den Sozialismus. —

## Zögdem „neutral“?

Im Volkshause zu Elbing fand eine gemeinsame Versammlung des christlichen Hirsch-Dunkerschen und sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes statt. Nach Erledigung der wirtschaftlichen Angelegenheiten wurde seitens des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes Propaganda gemacht für den Beitritt zum Freidenkerbund. Als der anwesende Sekretär des christlichen Metallarbeiterverbandes gegen diese Verhöhnung der Überzeugung der christlichen Arbeiter protestierte und es sich verbat, eine von ihm mit einberufene Versammlung zu antichristlicher Agitation zu bewegen, erklärte der Versammlungsleiter, der Angestellte des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes Dieder, er verstehe nicht, wie man sich darüber so aufregen könne, die Mitglieder des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, die doch auch zum Teil noch christlich gesinnt seien, würden daran gar keinen Anstoß nehmen. Ein anwesender Vertreter der Hirsch-Dunkers erklärte, „Ihm sei es egal“, ob dergleichen hier gefragt werde, er nehme jedesfalls daran auch nicht Anstoß.

Der Vorgang dürfte zum Nachdenken Veranlassung geben, und der christlichen Arbeiterschaft zum Bewußtsein bringen, wo ihr Platz ist. Durch die Mitgliedschaft in den „freien“ und Hirsch-Dunkerschen Verbänden wird zahlenmäßig und finanziell eine Bewegung unterstützt, die allem, was sich christlich nennt, entgegenwirkt.

## Sozialistische Engstinkigkeit.

Im Gemeinderat der Gemeinde Rüsselsheim, in dem die sozialistischen Parteien das Übergewicht haben, hatte man für die Straßen in der Wohnungskolonie der Dr. Ludwig-Orl-Stiftung die Benennung nach sozialdemokratischen Führern beschlossen, während die Stiftung der Wunsch gehabt hatte, daß eine der Straßen zu Ehren des im Kriege gefallenen Stifters benannt werde. Auf die Entscheidung des Gemeinderats hin hat das Kuratorium der Stiftung den Weiterbau der geplanten achtzehn Häuser, die zudem ohne Zuhilfenahme des Staats- und Gemeindezuschusses erbaut werden sollen, eingestellt. Es werden lediglich die im Bau begriffenen fünf Häuser noch so weit fertiggestellt, daß sie unter Dach gebracht werden können, aber nicht mehr bis zur Beziehbarkeit vollendet. Die Sozialdemokraten sollen über ihre gemeinhäßliche Geiünngstichtigkeit noch sehr stolz sein.

## Für unsere Arbeiter- und Betriebsräte.

### Betriebsräte im Aufsichtsrat.

Welche Bedeutung hat der Aufsichtsrat? Ein Beispiel: Eine Aktiengesellschaft hat 20 000 000 M. Aktienkapital. Dieses Kapital soll arbeiten. Es können nun nicht alle Aktionäre mit raten und taten, sondern die Geschäfte führt der Vorstand, die Direktion usw. Der Vorstand wird in vielen Fällen die Aktionäre kaum kennen. Man denke an den Kauf und Verkauf der Aktien an der Börse, die Aktien wechseln unter Unstädten täglich den Besitzer. Selbstverständlich ist es, daß die Aktionäre ihr Geld nicht in die Aktiengesellschaft gestellt haben, um nun alles laufen zu lassen wie es läuft, sondern in der Generalversammlung der Aktionäre werden Vertrauenspersonen, die mitunter noch nicht einmal Aktionäre der betreffenden Gesellschaft sind, gewählt, die die Kontrolle, die Aufsicht der Führung der Geschäfte bei der Aktiengesellschaft übernehmen: Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat hat weiter die Aufgabe, die laufenden Geschäfte zu erledigen und neue Geschäfte anzutragen. Ist der Aufsichtsrat auf dem Posten, dann sind alle Unregelmäßigkeiten ausgeschlossen. Unsere Industriekapitale, die

Großen der Industrie, sind in so und soviel Aufsichtsräten. Dadurch entsteht, ohne äußerlich in die Erziehung zu treten, ein innerer Zusammenhang der gesamten deutschen Industrie. Die Aufgabe der Aufsichtsräte besteht also nicht nur darin, um Anteilen einzustreichen, sondern es muß ernste Arbeit geleistet werden. Unsere Betriebsrats-Aufsichtsrätsmitglieder werden hier keinen leichten Stand haben. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Das einzelne Aufsichtsrätsmitglied kann allein keine Funktionen ausüben, sondern nur der Gesamtaufsichtsrat. Wichtig ist das Statut der Aktiengesellschaft, weil darin die Aufgaben des Aufsichtsrats festgelegt sind. Im Gesetz selbst sind keine Aufgaben festgelegt. Nach dem Statut ernannt der Aufsichtsrat z. B. die Direktion, der Aufsichtsrat erteilt die Prokura, beschließt größere Ausgaben, hat die Führung bei Prozessen, beschließt die Zusammenlegung des Aktienkapitals, er kann die Schlußsätze der Generalversammlung anfechten und er prüft die Bilanz. Notwendig ist, daß zu jeder Aufsichtsratssitzung die Tagesordnung vorher bekanntgegeben wird. Wo das nicht gelingt, muß von Seiten unserer Vertreter darauf gesehen werden, damit man sich vorher die notwendigen Unterlagen verschaffen und sich informieren kann. Unsere Betriebsrats-Aufsichtsrätsmitglieder haben laut Gesetz dieselbe Verantwortung wie die von der Generalversammlung der Nationale gewählten Vertreter. Darum ist Gewissenhaftigkeit und Sachkenntnis notwendig. Bei den Sitzungen des Aufsichtsrats besteht bei allen Angelegenheiten, die als vertraulich bezeichnet werden, die Pflicht der absoluten Vertraulichkeit. Wird sieje verletzt, so kann der oder die Betreffenden schadenshaftpflichtig gemacht werden. Bei Behandlung solcher vertraulicher Angelegenheiten kann allerdings gegen die vertrauliche Behandlung und somit gegen die Schweigepflicht protestiert werden.

## Aus unserer Industrie.

### Die Lage der deutschen Textilindustrie

wird trotz der vermornten politischen Verhältnisse noch immer als außerordentlich günstig bezeichnet. Sowohl die Wirtschaft wie die Baumwollwerke in allen Teilen des Reiches sind mit Aufträgen voll versehen, wenn auch der Eingang neuer Bestellungen nicht mehr so stürmisch ist, als dieses in den Monaten der Fall gewesen ist. Dagegen laufen in der Wirk- und Strickwarenindustrie noch immer sowohl vom Auslande wie vom Inlande sehr bedeutende Aufträge ein, welche den bezüglichen Fabrikanten aus viele Monate hinaus volle Beschäftigung sichern. Einiges aufgeklärt ist die Lage in der Seidenindustrie, weil die Rohstoffpreise in der letzten Zeit wesentlichen Schwankungen unterworfen waren. In der Textil- und Leinenindustrie hat sich die allgemeine Lage kaum verändert, doch darf auch in diesen Zweigen die allgemeine Lage als befriedigend bezeichnet werden. Die Beschäftigung der Betriebe wird als normal bezeichnet; in den verarbeitenden Industrien, in der Herren- und Damenkonfektion liegen ausreichende Aufträge vor, wenngleich nicht zu verhohlen ist, daß in diesen beiden leichten Zweigen der Eingang neuer Aufträge weniger zahlreich geworden ist.

### Deutschlands Wollproduktion.

Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts bildete die Wollproduktion einen bedeutenden Zweig der deutschen Landwirtschaft. Später ging die Schafzucht sehr zurück. Während zu Anfang der sechziger Jahre noch über 25 Millionen Schafe in Deutschland gehalten wurden, ergab die letzte amtliche Zählung vor dem Kriege nur noch 8 Millionen. Die gesamte Produktion an Schafwolle (die Wolle, wie sie bei der Schafshur fällt) belief sich auf etwa 500 000 Zentner, aus denen sich rund 33 1/3 Prozent gewaschener, das heißt zur Weiterbearbeitung geeigneter Wolle ergeben. Dies machte nur 7 Prozent der Einfuhr aus Italien, Argentinien und Südamerika aus. Bemerkt sei, daß die 66 Prozent Abfall wertvolles Wollfett enthalten.

Schon während des Krieges ergab sich die Notwendigkeit die heimische Wollproduktion zu heben, und sofort mit Friedensschluß trat man mit Energie an diese Aufgabe heran. Um den Büchern Gelegenheit zu geben, ihre Produktion so gut wie möglich zu vermehren, und um einen festen Marktpreis zu schaffen, führte man Wollauktionen ein, wie sie in anderen Erzeugerländern und namentlich in London schon seit geraumer Zeit bestehen. Bei den ersten Versteigerungen im Januar/Februar 1920 wurden Preise bis zu 5000 M. je Zentner Schafwolle erzielt. Die Preise sanken dann erheblich und erreichten im Juni/Juli 1920 ihren niedrigen Stand mit 800-900 M. Im vorigen Jahre betrugen sie durchschnittlich 1200 M. Jetzt bewegen sie sich aber in aufsteigender Linie. Die letzte Auktion, die vor einigen Tagen in Berlin stattfand, brachte Preise bis zu 3000 M. Diese Auktionen haben erreicht, daß sich im Verlaufe von drei Jahren die inländische Erzeugung bedeutend gehoben hat, schätzungsweise bedeutet das das 1 1/2-fache des Friedensstandes. Da die Einfuhr noch längst nicht Friedensstand erreicht hat, kommt der deutschen Wolle heute eine bedeutende Rolle in unserer Textilwirtschaft zu. Man hat berechnet, daß die Schafshaltung noch auf das vierfache des heutigen Standes gehoben werden kann, ohne daß dadurch der Ackerbau und die Viehhaltung beeinträchtigt zu werden braucht.

Die deutsche Wolle zeichnet sich durch ihre außerordentliche Kraft, das heißt Festigkeit des einzelnen Fadens, aus. Gewiß sind die Preise hoch, da ein Kilo heimischer Wolle 450 M. kostet. Immerhin bewegen sich die Preise unter der Weltmarktparität.

## Aus unserer Bewegung.

### Der sinnvolle verstandene Solidaritätsbegriff.

In der letzten Zeit häufen sich wieder die Fälle der wilden Streiks. Hier und da haben die Arbeitgeber die berechtigten Forderungen der Arbeiter nicht genügend berücksichtigt. Die Wogen der Erregung gehen hoch. Das ist menschlich begreiflich. Ein Ziel der Arbeiterschaft liegt ohn-

die Organisation zu hören, die Arbeit nieder. Und nun kommt die verängstigte Frage für die andern Arbeiter derselben Industrie- oder Tarifgebiete: Müssten wir nicht aus Solidarität auch die Arbeit niedersetzen?

Ja, was ist denn eigentlich Solidarität? Verstehen wir darunter denn nicht ein Brüdergefühl, mit den andern Standesangehörigen einig zu bleiben? Wenn nun aber diese Einigkeit aus irgendwelchem Grunde gestört oder nicht mehr vorhanden ist? Dann ist man allzu leicht geneigt, mit dem großen Haufen zu laufen, oder mit den Wölfen zu heulen.

Wir Arbeiter wollen uns nicht lange mit theoretischen Auseinandersetzungen darüber den Kopf zerbrechen, auf welcher Seite in den kritischen Momenten das Recht liegt. Wir dürfen uns aber auch nicht in diesen Situationen von einem falschverstandenen Solidaritätsgefühl leiten lassen.

In unsern christlichen Gewerkschaften ist der Solidaritätsgedanke praktisch verwirklicht. In der Gewerkschaftsarbeit hat er sich Jahrzehntlang bewährt. Was liegt nun näher, als daß wir uns in den wilden Stürmen vertrauen, soll an unsere Organisation klammern und ihr ein Anwesen folgen. Sollten wir uns nicht klar darüber sein, wie wir uns in einzelnen Fällen zu verhalten haben, so nehmen wir doch einmal unsere Verbandsfazetten zur Hand. Darin sind die benötigten Grundsätze festgelegt (S. 30 bis 36), die uns in Zweifelsfällen den richtigen Weg weisen.

Der überzeugte Gewerkschafter bewahrt sich erst im Kampfe um die Meinungen. Er stellt seinen Mann, selbst auf die Gefahr hin, sich unbedingt zu machen. Er läßt sich nicht durch eine falsche Auslegung des Solidaritätsgedankens irre führen. Auch selbst dann, wenn ein guter Freund oder mehrere sonst als treue Gewerkschafter bekannte Kollegen den Standpunkt der Organisation nicht verstehen können und sich über alle Gewerkschaftsregeln hinwegsetzen, so darf das für uns noch immer kein Grund sein, dasselbe zu tun. Wir rennen sonst miteinander in Not und noch größeres Elend. Bei der Gefahr eines wilden Streiks darf nicht ein leidenschaftliches Mitgefühl, daß man dann ironischerweise als Solidarität auslegt, für unser Handeln entscheidend sein, sondern nur einzig und allein der Standpunkt unserer eigenen, verantwortlichen Organisation.

### Zur Wahl der Betriebsräte im Aufsichtsrat

Die Betriebsräte unseres Verbandes von Rheinland und Westfalen, deren Unternehmungen Aufsichtsräte haben, hatten sich am 21. Mai 1922 in Düsseldorf im Paulushaus zu ersten Beratungen zusammengefunden. Es galt, sie mit den gesetzlichen Bestimmungen über die Entsendung von Betriebsrätsmitgliedern in den Aufsichtsrat bekannt zu machen. Zum anderen verfolgte die Konferenz den Zweck, eine Einheitlichkeit für die zu tätigen Wahlten zu erreichen, um unserem Verband auch in dieser Beziehung seinen Einfluß zu sichern.

Die bedeutsame Betriebsratstagung bewegte sich in folgendem Rahmen:

1. Vortrag über die Entstehungsgeschichte, den Wortlaut des Gesetzes und der Wahlordnung;
2. Vorbereitung der Wahl durch Bildung von Arbeitsgemeinschaften der in Frage kommenden Unternehmen.

Als Versammlungsleiter wurde gewählt der Vorsitzende des Reichstextilarbeiterrates Kollege Peter Nukbaum, Blombergerbach. Referent zum ersten Punkt der Tagesordnung war der Betriebsrätedelegat unserer Zentrale, Kollege Bernhard Lettechau, Düsseldorf.

Lehrer ging bei der Behandlung seines Themas von den Schwierigkeiten, die bei der Schaffung des Aufsichtsratsgeges entstanden sind, aus und demonstrierte recht charakteristisch den Kampf zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in den politischen Körperschaften. Die Stellung der Unternehmer zum Aufsichtsratsgeges ist nicht einheitlich und der Kampf gegenüber diesen Erweiterungen der Arbeitnehmerrechte folglich verschiedenartig. Ein kleiner Bruchteil der Arbeitgeber hat sich mit der neuen Zeit abgefunden, ein anderer Teil steht unchlüssig und gleichgültig der Entwicklung gegenüber, es folgen die Brutalmenschen, die unbedingt verneinen, die Klingen kreuzen wollen, und endlich folgt die Gruppe der Freudenlichen, die auch Diplomaten und Gönnern genannt werden. Wer von diesen vier Kategorien am gesündesten ist, sei dahingestellt. Die Arbeiterschaft muß aber auf der Hut sein. Maßnahmen des Unternehmers müssen abgewehrt werden. Festgestellt werden muß, daß bereits seit zwei Jahren (also mit Inkrafttreten des BRG, S. 70) die Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die nach dem Handelsregisterbuch zur Bildung eines Aufsichtsrates geschickt nicht verpflichtet sind, die Aufsichtsräte systematisch abzulehnen durch Änderung der Gesellschaftsverträge. Das Unternehmertum hat die Bedeutung des Gesetzes bereits vor Jahren erkannt.

Die sozialistischen Gewerkschaften nehmen infolge ihrer parteipolitischen Territorien zum Gesetz eine zweideutige Stellung ein. Der Widerstreit der Meinungen, die große Kluft der politischen Gruppierungen läßt eine Einheitlichkeit der Ideen nicht zustande kommen. Die Bezeichnung der sozialpolitischen Gesellschaft mit „Armenlinie“ ist abzulehnen durch die Benennung des Aufsichtsratsgeges als „Weiße Salbe“. Eine andere Gruppe der sozialistischen Gewerkschaften ist demgegenüber vorsichtiger, weist auf die geistigen Unvollkommenheiten der Arbeiterschaft hin und wäre, wenn notwendig, bereit, eine Beschränkung der Arbeiterricht vorzunehmen, damit man die gereiften Geister bannen könnte. Die sozialistische Arbeiterschaft steht vor der Wirklichkeit.

An die Stelle des Schlagwortes „Erneichtung des Kapitalismus“ muß auch für die sozialistisch orientierten Arbeiter die Erkenntnis treten, daß die Überwindung des kapitalistischen Geistes, neben Macht, geistige Fähigkeiten, Kenntnis einer jeden Klasse der Volkswirtschaft und nützliches Denken bedingt.

Die christlichen Gewerkschaften sind durch die Schaffung des Aufsichtsratsgeges einen wichtigen Schritt in Bezug auf die Beeinflussung der Wirtschaftsführung vorwärts gekommen. Große, neue Anforderungen werden wiederum an uns gestellt. Wohl und Wehe der arbeitenden Bevölkerung verlangt eiserne Pflichterfüllung aber auch plannmäßige ernsthafte Inanspruchnahme der uns gestellten Aufgabe. Die Kraft hierzu soll uns der Gedanke geben, daß das Gesetz

über die Entsendung der Betriebsräte nicht in den Aufsichtsrat nichts anderes ist als die Verwirklichung der christlich-sozialen Ideen. Männer und Frauen mögen an der Schaffung des Gesetzes mitgearbeitet haben, die jegliche Christentum verneinen, vielleicht sogar ihm Kampf anlegen. Das ändert nichts an der Tatsache, daß das am 15. Februar vom Reichstag verkündigte Gesetz einen starken christlich-sozialen Charakter hat. Die uralten Grundsätze des Christentums sind stärker als unvollkommenen Menschen.

Im zweiten Teil des Vortrages wurde der Text des Gesetzes sowie der Wahlordnung eingehend besprochen. Unsere Einflüsse können nur sichern, und der Wahlerfolg wird sichergestellt, wenn alle Bestimmungen des Gesetzes und der Wahlordnung Gemeingut aller in Frage kommenden Betriebsratsmitglieder werden.

Die beamteten Kollegen, die mit der Bearbeitung der Betriebsrätefragen in den einzelnen Bezirken betraut sind, berichteten nach Erledigung des ersten Punktes über die bereits getroffenen Vorbereitungen der Wahlen und die Schwierigkeiten, die sich hierbei herausgestellt hatten. Für den Bezirk Crefeld berichtete Kollege Dr. Dördinghausen, für Aachen der Kollege Graf, für M.-Gladbach Kollege Glasen, für Barmen Kollege Helbeck, für Westfalen Kollege Ulbers.

Die praktische Vorarbeit wurde nach Entgegennahme der Berichte in den einzelnen Arbeitsgemeinschaften der Aktiengesellschaften bezw. Kommanditgesellschaften auf Altbau geleistet. Die Bildung dieser Arbeitsgruppen war notwendig, weil die Einzelbetriebe großer Unternehmungen räumlich sehr weit auseinanderliegen. Der positive Erfolg dieser Arbeiten war befriedigend.

Wir blicken auf eine gut verlaufene Tagung von Betriebsratsmitgliedern zurück. Die Einheitlichkeit in der Auffassung wird auch diesmal unsere Arbeit mit Erfolg lohnen. Unser neues Ausgabebiet muß intensiv bearbeitet werden. Ein Zurück gibt es nicht. Unsere Bemühungen, die Fähigkeiten sollen in den Aufsichtsrat einzufinden, werden. Es gilt, die Rechte der Arbeitnehmer mehr zu erweitern, die Ausgaben zu erhöhen im wirtschaftlichen Sinne zu beeinflussen und unser Bewegung durch diese unsere Arbeit zu fördern und auszubauen.

R. D.

#### Bon der Lohnbewegung im Bezirk M.-Gladbach.

Unser Bezirk hat eine aufregende Lohnbewegung hinter sich. Am 20. Mai wurde das neue Lohnabkommen, geltend vom 1. Mai bis 17. Juni, unterzeichnet. Über den Verlauf der Bewegung sei einiges kurz mitgeteilt. Am 25. 4. ds. wurden die Forderungen für das neue Lohnabkommen dem Arbeitgeberverband übergeben. Da nur bis zum 29., wo das alte Lohnabkommen abließ, das neue nicht durchsetzen werden konnte, wurde am 28. April vereinbart: "Die Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Lohnabkommens vom 1. Mai 1922 ab werden am Dienstag, den 2. Mai, aufgenommen. Beide Vertragsparteien, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, sind einig bestrebt, im Laufe der ersten Woche im Mai ein neues Lohnabkommen fertig zu stellen. Sollten wider Erwarten unvorhergesehene Schwierigkeiten eintreten, die erkennen lassen, daß der Abschluß eines neuen Lohnabkommens für Samstag, den 6. Mai unmöglich ist, so erfolgt am Freitag, den 5. Mai Mitteilung, ob ein prozentueller Zuwachs auf den nach dem bisherigen Tarifvertrag berechneten Bruttoprofit für die Zeit vom 1. bis 6. Mai gezahlt wird oder ob für diese Zeit vom 1. bis 6. Mai Nachzahlung der ab 1. Mai zu vereinbarenden Lohnsätze erfolgt. Die Mitgliedsfirmen werden gebeten, die gesetzlichen Betriebsvertretungen der Arbeiter aufzuklären."

Am 2. Mai wurde dann in Verhandlungen eingetreten. Von Arbeiterseite wurde die Forderung nach den Bedürfnissen der Stadt M.-Gladbach vom April ds. Jrs. begründet, wogegen von Arbeitgeberseite nur die Steigerung der Leistung anerkannt wurde. Unter diese Forderungen kam eine Einigung nicht erzielt werden. Zum Schlusse, mögten die Arbeitgeber ein Angebot von 18 Prozent Zulage, das von Arbeitnehmerseite sofort als nicht genügend abgelehnt wurde. So endete die erste Verhandlung. Weil nun bis zum 5. Mai Vereinbarungen über die Nachzahlung zu treffen waren, fand am 5. Mai die zweite Verhandlung statt. In dieser Verhandlung ermächtigten die Arbeiter ihre Forderung von 60 auf 50 Prozent. Dies war den Arbeitgebern aber nicht genügend, sie wollten von den Arbeitern noch eine weitere Erhöhung haben, ohne ihrerseits ein höheres Angebot zu machen. Sie ermauteten sich zum Schlusse, ganze 20 Prozent anzubieten. Unter diesen Umständen war eine Einigung nicht erzielt worden. Zum Schlusse, mögten die Arbeitgeber ein Angebot von 18 Prozent Zulage, das von Arbeitnehmerseite sofort als nicht genügend abgelehnt wurde. So endete die erste Verhandlung. Weil nun bis zum 5. Mai Vereinbarungen über die Nachzahlung zu treffen waren, fand am 5. Mai die zweite Verhandlung statt. In dieser Verhandlung ermächtigten die Arbeiter ihre Forderung von 60 auf 50 Prozent. Dies war den Arbeitgebern aber nicht genügend, sie wollten von den Arbeitern noch eine weitere Erhöhung haben, ohne ihrerseits ein höheres Angebot zu machen. Sie ermauteten sich zum Schlusse, ganze 20 Prozent anzubieten. Unter diesen Umständen war eine Einigung nicht erzielt worden. Das Ergebnis dieser Verhandlung wurde zur Bereihigung an die Betriebsratsvorsitzenden und Öffentliche bekanntgegeben, wobei auf die erste Abmachung hingewiesen und darüber informiert, daß der Verlauf weiterer Verhandlungen in Aussicht gestellt wurde.

Es wurde nun bekannt, daß viele Firmen es nicht für notwendig gehalten hatten, ihre gesetzliche Betriebsvertretung über die erste Abmachung aufzuklären.

Mittwoch, den 8. Mai, wurde dann in einigen Betrieben ohne Anmerkung der Gewerkschaften in einer wilden Streik eingetreten. Im Fortgang des 8. Mai wurde vor Kaufmännischen einer Verhandlung mit den Arbeitgebern vereinbart. Diese verlief aber reißend, weil die Streikenden aus dem Kaufmannsstand gekommen waren. Die Vertreter des Arbeitgeberverbandes gaben die Erklärung ab, am anderen Tage, vormittags 10 Uhr, weitere Verhandlungen gepflogen werden, wenn bis dahin von den Streikenden die Arbeit aufzunehmen sei.

Von den Streikenden war vereinbart worden, sich anders Morgens auf einer Seite zu treffen. Es war am Abend zu Stande eine Versammlung unter freiem Himmel bekanntgegeben worden. Die Polizei, die dieses erfuhr, bereitete dieses Treffen und die Versammlung am Volksgerichtshalle. Hier wurde die Versammlung fortgesetzt und ein fünftausendstes Jahr mit der Fertigung der Versammlung betraut. Zur Befreiung reber war vorgeblieben, die radikalsten Schreiter radikalster Bevölkerung, die unter dem Namen der Demokratieversammlung beschlossen. Am Nachmittag dieses Tages wurde von Arbeitgeberseite, den neuen Tarifverträgen keine Reaktion gegeben, die Wünsche der Arbeiter vorgeprägt. Die Herren hatten aber wenig Glück. Sie konnten nur das eine kaufen: Es mußte die Arbeit annehmen werden, denn wir weiter verhandeln. Mit diesem Ergebnis gingen sie zu einem Tag, den 10. Mai, in eine weitere Verhandlung. An diese folgte sich dann ein großer Demonstrationstag, der Sitzung der Gewerkschaften war am nächsten Tag, auch in Südtirol. Es wurde trotz des weiten Streiks ver sucht eine Einigungssitzung zu finden. Am 12. Mai wurde erfüllt, daß Arbeitgeberseite angezeigt wurde, wenn eine Sitzung der Gewerkschaften am 15. Mai die Arbeit aufzunehmen wolle, wäre der Arbeit-

tag, den 13. Mai, in Verhandlungen eingetreten. Das Ergebnis dieser Verhandlung wurde der großen Lohnkommission vorgelegt, die folgenden Beschlüsse faßte:

"Wir treten ein für die Aufnahme der Arbeit in allen Betrieben am kommenden Montag, den 15. Mai. Wir erwarten, daß der Arbeitgeberverband den berechtigten Forderungen schnellstens Rechnung trägt. Sollte das nicht geschehen, so erhalten die Organisationsleitungen Austrag, diesen berechtigten Forderungen Geltung zu verschaffen, wenn nötig, durch einen entschiedenen Kampf."

Dieser Beschlüsse wurde der Betriebsräteversammlung, die am selben Tage in der Kaiser-Friedrich-Halle tagte, zur Annahme empfohlen. Von radikaler kommunistischer Seite wurde gegen denselben Opposition gemacht, jedoch fanden diese nicht genügend Unterstützung, sodass der Versammlungsleiter die Annahme des Beschlusses verkünden konnte. Andern Tags, Samstag, den 13. Mai, wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen. Bevor in dieselben eingetreten wurde, forderten die Arbeitgeber verschiedene Erklärungen, unter anderem, daß die Folge keine Streikunterstützung gezahlt, und daß man sich mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für die Wiederaufnahme der Arbeit am 15. Mai einzusetzen würde. Diese Verhandlung dauerte fünf Stunden, und endete damit, daß sich die Partei auf eine Julage für den Eckarbeiter, hier der Burkinweber, auf 4.—M. p. o. Stunde einigten.

Montag, den 15. und Dienstag, den 16. Mai wurden dann die Verhandlungen fortgesetzt und zu Ende geführt. Zu dem Ergebnis der Verhandlungen nahm die große Lohnkommission am 16. Mai Stellung. Sie faßte folgenden Beschlüsse:

"Die am Dienstag, den 16. Mai, tagende große Lohnkommission aus dem M.-Gladbacher-Areal erkläre die Textilindustriebezirk empfiehlt das bekanntgegebene Verhandlungsergebnis zur Annahme. Sollte die einzuberuhende Betriebsräteversammlung sich nicht stark genug stellen, das Verhandlungsergebnis anzunehmen, müßt nach voraufgegangener Auklärung innerhalb der Mitgliedschaften des Deutschen, christlichen und H.-D. Textilarbeiterverbandes Urabstimmung abmäßig marxistischer Bestimmungen vorgenommen werden."

Die Betriebsräteversammlung fand am 18. Mai statt. In derselben setzte die kommunistische Richtung das Feld zu behaupten, der sich entschiedener Widerspruch entgeggestellt. Als es zur Abstimmung kommen sollte, wurde eine Störung versucht, die auch zum Teil gelang. Unter diesen Umständen ging die Versammlung in Verwirrung und resultlos auseinander.

Freitag, den 19. Mai, nahmen die Vorstände der einzelnen Organisationen zu dem Verhandlungsergebnis Stellung. Diese haben dem Verhandlungsergebnis zugestimmt und ihre Vertreter autorisiert, das Lohnabkommen zu unterzeichnen.

Wenn man noch einiges nachgetragen wird, so kann dies zur Sicherung der ganzen Sache beitragen. Der wilde Streik brach spontan aus. Einem aufmerksamen Beobachter wird es aber nicht entgangen sein, daß sich kommunistische Persönlichkeiten in der Nähe des Erziehungsberges befinden. Aehnlich wie bei früheren Anlässen hat man auch diesmal gehandelt, indem überall auf der Betriebsvertretungen zum Einstellen der Arbeit zu veranlassen suchten. Eine früher ausgegebene Parole der Gewerkschaften, nur mit Ausweisen von den Organisationen verschiedener Personen Staaten zu schenken, hat man nicht beachtet. Waren die Betriebsvertretungen nicht so vorsichtig gewesen und hätten die Anweisungen der Organisationsleitungen abgewartet, so wäre man vor Schaden bewahrt geblieben.

Die Begleiterfeiern der ganzen Bewegung haben sicherlich manchem die Augen geöffnet. Ein Mitglied der Gewerkschaften erklärte in der Betriebsräteversammlung in der Kaiser-Friedrich-Halle u. a.: "Nachdem wir die Arbeiter gegen Bayonne (gemeint waren die Besatzungstruppen) durch die Straßen der Stadt geführt hatten, war unsere Mission erledigt."

Nun, ihr Arbeitern und Arbeitern, seit ihr aus diesem Grunde aus den Betrieben gegangen? Hat man euch vorher dies mitgeteilt? Suchten nicht die Kommunisten und Syndikalisten im Trüben zu sieden? Die Einladungen, die zu einer Versammlung an der Volksgartenhalle verteilt wurden, spiegelten sich. Wäre die Bevölkerung zu ihrer Verlauten, würden die Syndikalisten nicht an Zugriff einschlagen? Also in Zukunft die Augen auf!

Andererseits muß aber auch darauf hingewiesen werden, daß das bisherige System der Lohnverhandlung unhalbar geworden ist. Wenn die Lohnkommission keine klare Stellung einnehmen will, dann hat sie keine Cristenberechtigung mehr. Derjenige, der durch das Vertragsklassen bei einer Mitarbeiter in eine solche Einrichtung gewählt worden ist, muß auch zu einer solchen Klasse gehören, um das Gesetz der Stütze, seine Meinung frei zum Ausdruck zu bringen.

Dann zum Schlusse noch die gemeinsamen Betriebsräteversammlungen. Die letzte Bewegung hat die Unhaltbarkeit dieser gemeinsamen Arbeit wieder zur Geltung gebracht. Von den Teilnehmern der letzten Betriebsräteversammlung wurde nach Schluß desselben in großer Zahl erklärt, so etwas machen wir nicht mehr mit. Soll deshalb die Arbeitsfreudigkeit nicht erhöht werden, bleibt nichts anderes übrig, als daß die einzelnen Organisationen zwischen sich nebeneinander arbeiten.

zum Teil mit Gewalt, zum Übertritt in den Deutschen Verband gezwungen wurden. Wer sich dem widersetzt, wurde beschimpft, geschlagen, angespuckt und brotlos gemacht. Und heute?

Heute werden die ersten Führer des Deutschen Textilarbeiterverbandes von denselben radikalen Elementen als Feiglinge und Verräter an der Arbeiterschaft bezeichnet. Ein Gauleiter wird als Verbandschafunkt tituliert, dessen Ausführungen in einer Versammlung als Lügenepistel gebrandmarkt. Alle Schuld rächt sich auf Erdem. Nicht Schadenfreude soll es sein, wenn wir diese Tatsachen hier registrieren, aber als Genugtuung dürfen wir es betrachten, wenn selbst der eben genannte Gauleiter erklärt haben soll: "Es wären ihm 5000 Mitglieder lieber, als die jetzigen 15 000" an seinem Gau. Wenn wir den Klageruf des Herrn Gauleiter recht verstehen, so meint er, daß von den genannten 15 000 Mitgliedern nur 5000 zuverlässig seien. Diese Auffassung bestätigt sich, wenn man z. B. die Borkommission bei der letzten Lohnbewegung in Augsburg betrachtet.

Hier muß vorausgeschickt werden, daß in diesen 10 000 unzuverlässigen Mitgliedern und zum Teil auch in den 5000 zuverlässigen, noch ein sehr starkes Stück Revolutionsgeist vorhanden ist. Die Revolutionsgewerkschaften hatten neue Ideen mit in die Bewegung hineingebracht. Das Volk sollte regieren, die Diktatur des Proletariats sollte oberstes Gesetz sein. Um nun diese Macht auch öffentlich zu dokumentieren, wurden Feiertage eingesetzt, wenn ein Schuhmann seinen Bleistift spitzte, wurde Generalstreik gemacht, und wenn ein Arbeitgeber einem griechischen Arbeiter seinen Gruss erwiderte, dann wurde ein Putsch veranstaltet und so lange gestreikt, bis der christliche Arbeiter entlassen war. Das war der Geist der neuen Zeit, und den haben die Führer des Deutschen Textilarbeiterverbandes von A bis Z gemacht und großgezogen. Und nun vergleiche man, was "Der Textilarbeiter", das Organ des Deutschen Textilarbeiterverbandes, in seiner Nr. 20 schreibt:

"Die Zeit der wilden Streiks muß ein für alle Mal vorbei sein. Die Arbeiterschaft kann nur in einem organisierten Kampf gewinnen, und dort, wo der Kampf nicht organisiert ist, wird sie immer unterliegen müssen. Nach der anderen Seite hin bedürfen aber auch die Führer der Organisationen das unabdingte Vertrauen der Mitgliedschaft."

Wir werden jedenfalls nicht irre gehen, wenn wir behaupten, daß diese Klagerufe von dem Streikleiter des Deutschen Textilarbeiterverbandes stammen. Für ihn kommt aber das eingangs zitierte Wort in Betracht: Die Geister die ich rief, die werde ich nun nicht mehr los. Das sind die unreifen Früchte jener unvorsichtigen und unüberlegten Saat. Auch die letzte Lohnbewegung der Textilarbeiter in Augsburg wäre heinrich ebenfalls dem verderbenden Revolutionsgeist zum Opfer gefallen. Einzig und allein die vorsichtige Taktik des christlichen Textilarbeiterverbandes hat die Arbeiterschaft Augsburgs vor dem Schlimmsten bewahrt. Diese Behauptung mag den Führern des Deutschen Textilarbeiterverbandes unangenehm sein, aber sie ist richtig und ist selbst von den laufenden Mitgliedern des Deutschen Verbandes bestätigt worden.

Die Arbeiterschaft lernt allmählich erkennen, daß die Idee des Sozialismus, wie sie uns die Revolution gebracht hat, keine heil-, sondern eine verderbende Idee ist. Alle vernünftigen Arbeiter und Arbeitnehmer, die man durch einen gewissen Druck bis jetzt noch festgehalten, reißen sich los, das beweisen die fortwährenden Übertritte in den Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

## Besondere Bekanntmachungen.

### Betrifft: Lokalbeiträge.

Konferenzen verschiedener Verbandsbezirke haben beschlossen, beim Zentralvorstand die Einführung eines Lokalbeitrages von M. 2.— zu beantragen. Der Zentralvorstand hat in seiner Sitzung vom 18. April 1922 zu diesen Anträgen Stellung genommen und beschlossen, daß nur für die Betriebsklassen mit einem Zentralbeitrag von M. 10.— ab aufwärts ein Lokalbeitrag von mehr als M. 1.— erhoben werden darf. Dementsprechend sind auch nur für die Beitragsklassen von M. 10.— Zentralbeitrag und höher Beitragsmarken mit M. 2.— Lokalbeitrag hergestellt worden und von der Zentrale zu beziehen.

Für die niedrigeren Beitragsklassen darf nur ein Lokalbeitrag von M. 1.— erhoben werden.

Dieser Beschluss des Zentralvorstandes liegt im Interesse der Gewährung höherer Unterstützungsätze an diejenigen Mitglieder, deren Stundenlohn noch weniger als M. 10.— beträgt; fernerhin liegt der Beschluss im Interesse einer Stärkung unserer Zentralstelle.

Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß laut Beschluß der Verbandsgeneralversammlung der Wochenbeitrag eines jeden Mitgliedes die Höhe eines Stundenlohnes betragen soll.

Düsseldorf, den 23. Mai 1922.

### Die Zentralstelle.

## Inhaltsverzeichnis.

**Artikel:** Ein Stundenverdienst als Wochenbeitrag. — Der Berufsgedanke in Gewerkschaft und Volkswirtschaft. — Rätsel zur gleichen Lohnstufe. — Keillerton: Vor 25 Jahren. — Allgemeine Rundschau: Der Zentralverband christlicher Textilarbeiter. — Ein Gesetz über Lohnstatistik. — Ein Versuch zur Erfassung der Lohnentlastungsfaktoren. — Der "Siegeszug des Marxismus". — Trotzdem "religiös neutral". — Sozialistische Engstirigkeit. — Für unsre Arbeiter und Betriebsräte: Beiträge im Aufsichtsrat. — Aus unserer Industrie: Die Lage der deutschen Textilindustrie. — Deutschlands Wollproduktion. — Aus unserer Bewegung: Der falsch verstandene Solidaritätsbegriff. — Zur Wahl der Betriebsräte im Aufsichtsrat. — Von der Lohnbewegung im Bezirk M.-Gladbach. — Berichte aus den Betriebsgruppen. — Besondere Bekanntmachungen.